Massenmonologe ersetzen Parteischulung

Autor(en): **Vogel, Paul Ignaz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 10

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339572

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Paul Ingaz Vogel

Massenmonologe ersetzen Parteischulung

Am 23./24. Juni 1979 hatte der Parteitag der SPS beschlossen, die Anträge zum Thema Regierungsbeteiligung der SPS in einer besonderen Konferenz zu studieren. Diese sollte nicht Beschluss fassen.

Die in der Sache engagierten Genossinnen und Genossen trafen sich am Samstag, dem 15. September, im Alpha-Zentrum in Bern. Unter Ausschluss der bürgerlichen Presse hörten sich die annähernd fünfhundert Anwesenden an, was die fast fünfzig Redner zu sagen hatten; diese Marathonsitzung ging bemerkenswert diszipliniert vor sich, entbehrte aber auch nicht der nötigen Langeweile, denn jedermann bekannte vor dem Mikrophon seine Meinung und trat kaum auf die Argumente der Vorredner ein. Die Orgel im Hintergrund des Saales verlieh den Massenmonologen etwas Sektenhaftes, die Zuhörer klatschten anständig und tolerant. Einmal kam Applaus aus der einen Ecke, einmal aus der andern, und abgesehen von einigen unvermeidlichen Geplänkeln und Anödereien bewies die grosse Landespartei der SPS, dass sie Monologe nicht unterbindet. Der Dialog der vom Alphazentrum ausgesandten Genossinnen und Genossen möge in den Sektionen, am kommenden Parteitag und in den Diskussionen ums neue Parteiprogramm beginnen, war der Wunsch der Geschäftsleitung.

Standpunkte

Ein Thema ist so aktuell geworden, dass es weiter diskutiert werden muss. Das steht fest. In einer differenzierten Broschüre hatte das Zentralsekretariat der SPS die Anträge der Sektionen an den Parteitag 1979 wiedergegeben, die sich zur Regierungsbeteiligung geäussert hatten.

Die Sektion Reinach war der Ansicht gewesen, eine Regierungsbeteiligung verschliesse dem Volk den Blick auf die echten Alternativen des demokratischen Sozialismus, Darum hatte sie verlangt, dass am ausserordentlichen Parteitag 1979 die Frage einer weiteren Regierungsbeteiligung auf Bundesebene nach den Nationalratswahlen offen diskutiert und ein Beschluss gefasst werden sollte.

Die Sektion Trois-Chêne hatte sich auf die Erklärung des Kongresses der SP Genf berufen und vom SPS-Parteitag in Bern eine vertiefte De-

batte über den Sinn der sozialdemokratischen Präsenz im Bundesrat verlangt.

Die Sektionen Morges (VD), Bussigny, Champagne, Gland und Sion hatten ebenfalls die Diskussion über den Rückzug der SPS-Bundesräte aus der obersten Landesbehörde gefordert. In einer gemeinsamen Begründung hatten sie festgestellt, dass die SPS den Rechtsparteien immer mehr widerspreche, da die Bundesräte der SPS von einer Mehrheit der Rechtsparteien gewählt würden, liefen sie Gefahr, ihre Verantwortung als Vertreter der Partei in den Hintergrund zu stellen. Die Bundesräte der SPS hätten oft Erklärungen abgegeben, welche den Beschlüssen der SPS widersprochen hätten und betonen übertriebene Kollegialität. Diese Politik ohne Alternativen schreckten die Arbeiter ab und nur eine Oppositionspolitik ermöglichte es der SPS, Sprachrohr der Mehrheit der Bevölkerung zu werden.

Die Sektion Monthey hatte sich daran gestossen, dass die sozialdemokratischen Bundesräte sich nicht an die Parteitagsbeschlüsse gehalten und in Sachen BUSIPO und Atomschutzinitiative in der Öffentlichkeit andere Stellungnahmen als jene der SPS verbreitet hatten. Die Sektion hatte gefordert, die SPS-Bundesräte müssten vom Parteitag zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Sektion Bienne-romande hatte verlangt, dass die SPS ihre Bundesräte auffordern sollte, nicht mehr in Abstimmungsdiskussionen einzugreifen, wenn sie sich den Beschüssen der eigenen Partei entgegenstellten.

Die Sektion Chavornay hatte kritisiert, dass die Genossen Graber und Masnata zum Thema der Bundesratsbeteiligung am Fernsehen ein Streitgespräch geführt hatten. Solche Auftritte sollten sich nicht wiederholen.

Mehr aus der Bundesratskoalition herausholen

Diesen Grundsatz vertritt die Geschäftsleitung der SPS. Nachdem sie sich am 15. September 1979 im Alpha-Zentrum in Bern nochmals alle Monologe geduldig angehört hatte, gab die Parteileitung vor der Presse eine politische Erklärung ab. Sie war bereits in der Broschüre «Zur Regierungsbeteiligung der SPS» abgedruckt worden und beleuchtet die künftige Marschrichtung der SPS-Geschäftsleitung. Wichtige Punkte in den vier Thesen sind:

- Das Kollegialsystem darf nicht zu einem Disziplinierungsinstrument für Sozialdemokraten in den Regierungen werden. Es sollen keine Regierungsvertreter Vorlagen gegen ihre Meinung und ihre Partei vertreten müssen. Gesucht wird auch die Diskussion, ob nicht mit einer andern Partei als Koalitionspartner eine Mitte-Links-Koalition zu bilden wäre, um die rechtsbürgerliche Blockierung der SP-Politik im Parlament zu überwinden.
- Verlangt wird auch die Diskussion über einen Ehrenkodex sozialdemokratischer Politiker in Exekutive und Parlament.

- SP-Vertreter in den Exekutiven sollten nicht gleichzeitig Präsidenten der Partei sein.
- Erstrebt werden auch bessere Kontakte zu Gruppen, Kreisen und Bürgerinitiativen, die ausserparlamentarisch arbeiten. Die Arbeit der Jungsozialisten wird als wichtiger und nötiger Bestandteil der ausserparlamentarischen Mobilisierungsarbeit der Partei angesehen.

Kommentar

Ich gehe davon aus, dass die nach 1968 zahlreich in die SPS eingetretenen Genossinnen und Genossen von Begeisterung erfüllt waren, als sie ihr neues Parteibuch erhielten. In der Folge an die 1968er-Bewegung setzte leider auch eine Inflation der SPS-Mitgliedschaft ein, an der die neu Hinzugekommenen grundsätzlich nicht schuld sind; man hat ihnen bereitwillig die Türen geöffnet – und sie dann sich selbst überlassen. Bei der Aufnahme von Neumitgliedern verzichtete gar manche Sektion darauf, Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft oder andere Bedingungen festzulegen. Viele junge Arbeitswillige und politisch Interessierte verrannten sich in der Partei und wurden frustriert. Die Schwemme von Publikationen im linken Niemandsland eignete sich hervorragend dazu, Do-it-yourself-Theorien zusammenzubasteln. Dürres Gerede, Theoretisieren, Monologe ohne geistige Partner waren die negativen Folgen einer Entwicklung, die darauf zurückzuführen ist, dass in der SPS für Neumitglieder, wie auch für die alten, sehr wenig politische Schulung durchgeführt wird. Im Alphazentrum in Bern fand eine Redekonferenz statt – sie ersetzte nicht die mangelnde politische Schulungsarbeit der SPS.